

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung ab. Wer ihr zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/4349 ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Wer ihr zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/4359 ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch hier stelle ich fest, das Erste war die Mehrheit.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Abschließende Beratung:

- a) **Europa im Klassenzimmer: Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3656 -
b) **Europakompetenz im Bildungsbereich fördern - Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/4285 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/4460

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, die Anträge in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Wulf zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort!

Wolfgang Wulf (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nachdem wir gerade ein sehr kontroverses Thema strittig diskutiert haben, kommen wir nun zu einem Bereich, in dem wesentlich mehr Einigkeit herrscht, nämlich zu den Europaschulen.

Niedersachsen ist ein Land, meine Damen und Herren, in dem Europaschulen stark verankert sind und in dem sie auch gute Arbeit leisten. Europa-

schulen sollen Kindern und Jugendlichen ihre Chancen als europäische Bürger aufzeigen, um das Friedensprojekt Europa zu bestärken.

Zu diesem Ziel verpflichteten sich im Herbst 2005 die Europaschulen im Bundesnetzwerk Europaschule mit den zehn Punkten ihrer Frankfurter Erklärung. Die im Bundesnetzwerk vertretenen Europaschulen möchten Jugendliche auf die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts und die steigende Bedeutung der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten vorbereiten. Das Motto heißt: „Europa gehört in jedes Schulhaus. Europaschulen sind dabei die Wegbereiter.“

Diesen Gedanken haben die Kultusminister auf ihrer Kultusministerkonferenz „Europabildung in der Schule“ im Jahr 2008 aufgegriffen, und sie haben beschlossen: Zur Erschließung der europäischen Dimension im Unterricht sollen alle Fächer und Lernbereiche einen Beitrag leisten.

In Niedersachsen sind Regelungen für die Anerkennung als Europaschule bereits unter der SPD-Regierung 1994 herausgegeben worden. Schulen, die sich der europäischen Entwicklung besonders verpflichtet fühlen, können als Europaschulen anerkannt werden. Sie sollen z. B. europabezogene Themenschwerpunkte in geeignetem Fachunterricht über die verbindlichen Themenbereiche und Themen der Rahmenrichtlinien hinaus behandeln, an europäischen Schülerwettbewerben und Programmen teilnehmen und - das ist ein sehr wichtiger Bereich - Schülerinnen- und Schüleraustausch sowie Lehrerinnen- und Lehreraustausch mit Schulen im europäischen Ausland im Rahmen besonderer Schulprojekte und Veranstaltungen durchführen.

In Niedersachsen haben wir inzwischen 89 Europaschulen, die anerkannt sind, wobei wir allerdings feststellen müssen, dass die übergroße Mehrzahl dieser Europaschulen an Gymnasien angesiedelt ist. Das ist auch gut so, und deren Arbeit ist sicherlich erfolgreich fortzusetzen und auszubauen. Aber ich halte es für notwendig, dass wir auch an allen anderen Schulformen, vor allen Dingen an den Oberschulen und den Integrierten Gesamtschulen, den Europagedanken stärker verankern und auch diese zu Europaschulen weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

SPD und Grüne haben sich entschlossen, den Europagedanken und die Europaschulen weiter zu unterstützen, und haben bereits im April 2010 eine entsprechende Initiative gestartet - mit der Absicht,

die anderen Fraktionen auf diese Linie zu bringen und auch die Regierungsfractionen in einen gemeinsamen Antrag einzubeziehen. Die Diskussion um diese Initiative hat dann sehr lange gedauert. Schließlich ist es uns aber doch gelungen, eine gemeinsame Formulierung zu finden, die Ihnen jetzt als Beschlussempfehlung des Ausschusses vorliegt.

Das ist auch gut so. Ich frage mich aber, ob diese fast zwei Jahre, die wir gebraucht haben, wirklich notwendig gewesen sind. Die Diskussionen im Europaausschuss sind manchmal etwas langwierig. Für das, was am Ende dabei herausgekommen ist, hat der Berg ziemlich lange gekreißt, finde ich. Aber egal! Nun haben wir diese gemeinsame Beschlussvorlage.

Ich hoffe, dass damit auch die Qualitätssicherung der Arbeit der Europaschulen gewährleistet wird und dass deren Netzwerk unterstützt und ausgebaut werden kann.

Wir erwarten vor allen Dingen, dass der Europagedanke auch in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an den neu gebildeten Kompetenzzentren eingebaut und verstärkt gefördert wird, damit die Lehrerinnen und Lehrer auch in der Lage sind, das zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Auf dem Treffen der Europaschulen im letzten Jahr in Verden kam bei ihnen vor allen Dingen der Wunsch auf, einen festen Ansprechpartner im Kultusministerium zu haben. Wir haben darauf gedrängt, dass dies gewährleistet wird. Auf eine entsprechende Beschlussfassung in der Vorlage haben wir dann allerdings verzichtet, weil uns in der Ausschussdebatte seitens des Kultusministeriums zugesichert worden ist, dass dieser Ansprechpartner inzwischen vorhanden sei; das sei Herr Castens, der heute auch da ist. Ich will dies hier noch einmal ausdrücklich feststellen, damit das auch steht.

Wir erwarten, dass die Schulen die Freiheit haben, ihre Inhalte für das Thema Europa selbst aufzustellen. Deswegen haben wir als SPD auch ausdrücklich Wert darauf gelegt, dass die Schulen die Möglichkeit haben, ein Europacurriculum schulintern selbst zu erarbeiten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ein letzter Punkt, der wichtig ist: Es ist unserer Ansicht nach nicht hinreichend gewährleistet, dass die finanzielle Absicherung der Europaschulen

auch für die Zukunft vorhanden ist. Mehr als einen Prüfauftrag, ob es einen Haushaltstitel Europaschulen geben soll, gibt es nicht. Das ist das Einzige, was dabei herausgekommen ist. Wir hoffen, dass diese Prüfung für die Zukunft erfolgreich sein wird und dass dieser Titel dann mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird.

(Beifall bei der SPD)

Als Letztes, meine Damen und Herren - - -

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Als letzten Satz!

Wolfgang Wulf (SPD):

Genau so, meine liebe Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren, den Schülerinnen und Schülern das europäische Bewusstsein zu vermitteln, ist das beste Mittel gegen Rassismus und Nationalismus; aus diesem Grunde ist die Arbeit der Europaschulen bei uns ganz besonders wichtig.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wulf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Kollegin Polat zu Wort gemeldet.

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere aus dem Europaausschuss! Herr Wulf, wir haben uns ja sehr bemüht, dass dieser Antrag im Europaausschuss behandelt wird, weil wir ein Thema zwar möglicherweise etwas langwieriger und behäbiger angehen, aber letztendlich doch zu einer gemeinsamen Entschließung kommen, was im Kultusausschuss vielleicht nicht immer der Fall ist. Deswegen war es uns sehr wichtig, dieses Thema im Europaausschuss zu behandeln.

Sie wissen, dass ich mich in diesem Bereich sehr engagiert habe. Das Netzwerk Europaschulen ist auf uns zugekommen und hat noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die Arbeit der Europaschulen ist, die aber leider wenig Unterstützung bezüglich einer Koordinierung und auch nur wenig qualitative Unterstützung in der Schule selbst durch die Landesregierung erfahren haben. Dieses haben wir dann aufgegriffen. Es wurde aber auch schon in

der Landesregierung bzw. im Kultusministerium erkannt und bereits in Teilen bearbeitet.

An den Europaminister gerichtet, will ich noch einmal das aufgreifen, was Herr Wulf sagte. Die Europaschulen sind in der Tat ein sehr wichtiger Bereich, und zwar nicht nur vor dem Hintergrund der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern auch vor dem Hintergrund der wieder aufkeimenden Nationalismen, auch mit Blick auf die Europakrise. Das europäische Projekt ist gefährdet - nicht nur wegen der Schulden- und Finanzkrise, sondern auch, weil die Menschen in Europa immer mehr das Vertrauen in Europa verlieren.

Den jungen Menschen konnten wir Europa sehr oft als Friedensprojekt verkaufen. Ein Europa des Friedens, des Zusammenwachsens der Nationen reicht aber heutzutage nicht mehr aus. Deswegen sind die Europaschulen als bestehendes Netz und als Infrastruktur sehr, sehr wichtig, um diesen Wert zu vermitteln.

Wir haben den Antrag in drei Teile gegliedert. Zum einen geht es um den Bildungsbereich insgesamt. Dort ist ein besonderer Punkt vielleicht sehr interessant. Wir wollen, dass die Europaschulen grundsätzlich auch im europapolitischen Konzept der Landesregierung Erwähnung finden. Bei der Erarbeitung des europapolitischen Konzepts wurden sie seinerzeit nämlich schlicht vergessen, Herr Europaminister McAllister, obwohl wir zu den Bundesländern und auch europaweit zu den Ländern mit dem größten Netzwerk an Europaschulen gehören.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt den Bereich Qualitätssicherung und den Bereich der Vernetzung.

Und es ist ein Antrag, der von CDU und FDP getragen wird und trotzdem nicht nur Symbolkraft hat, sondern wirklich entscheidende Forderungen einbezieht.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Und jetzt ist die Addition gleich zu Ende. Ein Mal erlaube ich noch.

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin; ich komme zum Schluss. - Wir haben schon jetzt in unserem Haushaltsänderungsantrag Mittel für die Europaschulen vorgesehen.

Wir freuen uns auf diese gemeinsame Abstimmung, weil sie einmütig ist.

Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Polat. - Nun hat sich für die CDU-Fraktion Herr Hogrefe zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Polat, erst einmal herzlichen Dank für das Lächeln! Wir wollen das hier wirklich gemeinsam beschließen.

Ich möchte aber zunächst einmal feststellen, dass die Internationalisierung und Europäisierung Niedersachsens in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat. Dafür danken wir allen Akteuren, insbesondere der Landesregierung und unserem Ministerpräsidenten David McAllister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frauke Heiligenstadt [SPD]: Herr Hogrefe, das mit der Zustimmung müssen wir uns aber noch mal überlegen!)

Meine Damen und Herren, auf den langen Beratungsweg ist hingewiesen worden. Das war aber gut. Wir haben zunächst angefangen, uns um 80 Europaschulen im Lande zu kümmern. Dann ging es um alle Schulen. Und jetzt geht es insgesamt um alle jungen Menschen in Niedersachsen.

Ich will Ihnen die zentrale Forderung, die in diesem Antrag steckt und die geradezu revolutionär ist, aber bisher noch gar nicht erwähnt worden ist, hier einmal kurz erläutern. Bei dieser Forderung geht es nämlich darum, dass wir möglichst allen jungen Menschen in Niedersachsen die Chance zu einem Auslandsaufenthalt bieten wollen. Meine Damen und Herren, so etwas hat es bisher überhaupt noch nicht gegeben. Das ist eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und warum wollen wir das? Viele von uns haben gute Erfahrungen mit Auslandsaufenthalten in ihrer Jugend gemacht, nehme ich an. Man kann selbst auf Johann Wolfgang Goethe zurückblicken. Viele kennen das wohl berühmteste Liebesgedicht im deutschsprachigen Raum, „Willkommen und Ab-

schied“: Die Wenigsten wissen, dass es ein Ergebnis seines Erstsemesters in Straßburg ist. Ohne diesen Auslandsaufenthalt hätte er Friederike Brion nie kennengelernt und wahrscheinlich auch nie dieses Gedicht geschrieben.

Meine Damen und Herren, solche Wirkungen können Auslandsaufenthalte ganz junger Menschen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Oh! bei der SPD)

Auch der Ministerpräsident lächelte eben. Vielleicht erinnert er sich an einen Auslandsaufenthalt in seiner Jugend mit einem ähnlichen Erlebnis. Das wird er uns bei Gelegenheit verraten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir sind uns einig: Ein Auslandsaufenthalt in möglichst früher Jugend ist die Krönung im Bildungsprozess eines jungen Menschen.

(Jawohl! bei der SPD)

Weil das so ist, müssen wir alles dafür tun, solche Aufenthalte zu fördern. Da geht es zunächst um die Europaschulen, dann aber um alle Schulen ab dem Sekundarbereich I. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Schulen in Niedersachsen eine Partnerschule bekommen, dass intensiv Schüleraustausch betrieben wird, dass Lehrerbildung intensiviert wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir freuen uns über die vielen Berufsschulen, die jetzt schon Praktikanten für fünf bis sechs Wochen ins Ausland schicken, die dann mit einem Europass zurückkommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es gibt Berufsschulen, die jedes Jahr 80 bis 100 Praktikantinnen und Praktikanten ins Ausland schicken.

Wir freuen uns über jede Studentin und jeden Studenten, die oder der ein Auslandssemester macht. Wir sollten das noch stärker fördern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist nicht allein Aufgabe der Regierung. Vielmehr brauchen wir - auch das steht in dem Antrag - regionale, örtliche Netzwerke. Die ausbildende Wirtschaft, die Schulträger, die Schulen natürlich, aber auch Vereine, die sich dem Europagedanken verschrieben haben - alle zusammen können mithelfen und auch durch

Spenden jungen Leuten helfen, die von ihrem Elternhaus her nicht unbedingt dazu in der Lage sind, ein solches Praktikum zu finanzieren. Ein Auslandsaufenthalt für junge Leute darf keine Frage des Geldbeutels sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte hier noch einmal meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass die Landesregierung das, was wir beraten haben, bereits umsetzt. Ich habe hier die neueste Publikation des EIZ. Dort sind über 20 Veranstaltungsangebote in diesem Jahr unter der Überschrift „Europa wartet auf dich“ - damit sind junge Leute gemeint - verzeichnet: Bildungswege in Europa; Leben, Arbeiten und Studieren in Europa. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie den Wunsch haben, dass auch in Ihrem Wahlkreis, in Ihrer Kommune vor Ort eine solche Veranstaltung stattfindet, dann wird es, glaube ich, dem EIZ und den Europe-Direct-Zentren eine Freude sein, das zu organisieren. Machen wir uns also hier gemeinsam ans Werk!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Früher war es ein Privileg junger Leute aus gutem Hause, auf die sogenannte Grand Tour in ein südliches Land zu reisen. Sie haben davon häufig ihr ganzes weiteres Leben gezehrt. Heute ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Privileg allen jungen Menschen in Niedersachsen ermöglicht wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Dazu sollten wir uns an die Arbeit machen. Ich glaube, David McAllister an der Spitze wäre eine gute Symbolfigur.

Vielen herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zu einer Kurzintervention zu der Rede des Kollegen Hogrefe hat sich Herr Aller von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben für anderthalb Minuten das Wort.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Zu einer Hogrefe-Rede kann man nichts mehr ergänzen! - Unruhe)

- Etwas mehr Ruhe!

Heinrich Aller (SPD):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Hogrefe, Ihr Enthusiasmus hat mich schlichtweg angesteckt und geradezu aufgefordert, noch einmal zu betonen, dass keiner in der SPD-Fraktion hinter dem zurückstehen wird, was Sie hier eben vorgetragen haben. Ganz im Gegenteil, wir wollen es konkretisieren.

Ich habe nur eine einzige Frage. Sie hatten hier angekündigt, dass allen niedersächsischen Schülerinnen und Schüler ein Auslandsaufenthalt ermöglicht werden soll. Ich kann bestätigen: Auch mir hat das damals gutgetan, mit ähnlichem Erfolg wie bei Johann Wolfgang von Goethe.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Deshalb fühle ich mich veranlasst, zu fragen, wann die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler, Jugendgruppen, Feuerwehren usw. damit rechnen können, dass die Regierungskoalition in bestimmten Tranchen Haushaltsansätze bereitstellt. Diesem Versprechen von Ihnen müssen doch jetzt Taten folgen. Vielleicht können Sie heute schon Konkretes sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Ein Haushaltsvorschlag der SPD ist jedenfalls nicht zu erwarten!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Selbstverständlich, Herr Hogrefe, haben auch Sie anderthalb Minuten Zeit zur Antwort.

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Herr Aller, das ist natürlich eine berechtigte Frage. Auch die Ausschussmitglieder Ihrer Fraktion haben sie schon gestellt. Ich sage dazu Folgendes: Es gibt das Deutsch-Französische Jugendwerk; es gibt das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Ein 14-tägiger Aufenthalt in Frankreich oder Polen ist nicht teurer als ein entsprechender einwöchiger Aufenthalt in Deutschland - so stark wird das gefördert.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist aber im Hartz-IV-Satz nicht vorgesehen!)

Außerdem habe ich gesagt: Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir sind vor Ort gefordert. Natürlich wird auch das Land das Seinige dazu beitragen.

Gehen Sie doch einmal an die Berufsschulen in Syke, in Rotenburg oder sonst wo, wo schon jetzt mit Erfolg alle Förderprogramme genutzt werden und schon jetzt viele junge Leute Auslandserfahrungen machen können! Die anderen brauchen nur noch einen Anschluss. Es ist keine Frage des Geldes.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Hogrefe, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Wilhelm Hogrefe [CDU] verlässt das Redepult)

- Nein. - Tut mir leid, ich konnte ihn nicht unterbrechen.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Eine Zwischenfrage? Doch, doch, ich beantworte eine Zwischenfrage! - Unruhe)

- Ja, das war eine Kurzintervention. Aber eine Zwischenfrage ist da durchaus möglich. Er hat immer noch 36 Sekunden für die Beantwortung. - Frau Emmerich-Kopatsch!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Hogrefe, Sie haben gesagt, es hängt nicht vom Geldbeutel ab. Ich denke, auch im Harz sind einige Kinder und Jugendliche sehr interessiert, das Angebot zu nutzen. Wo können sie den 100-prozentigen Zuschuss beantragen?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Hogrefe!

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Von 100 % war keine Rede. Jede Klassenfahrt verlangt eine gewisse Beteiligung. Wenn allerdings die Eltern dazu nicht in der Lage sind, gibt es dafür auch zusätzliche Hilfen.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Im Bildungspaket!)

- Im Bildungspaket, genau. Ich schlage vor, wir lassen uns in der nächsten Europaausschusssitzung vom EIZ und von der Landesregierung unterrichten, welche Förderungsmöglichkeiten es gibt, auf die die Landkreise, Städte und Gemeinden zurückgreifen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat für die FDP-Fraktion Herr Rickert das Wort. Bitte!

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung hält einen klaren europapolitischen Kurs und betreibt seit 2003 eine sehr erfolgreiche Europapolitik. Erfolgreiche Projekte wie „Studierende erklären Europa“ oder „Europalotsen“ sind nennenswert. Dies haben wir im vorliegenden Antrag aufgegriffen und machen damit deutlich, wie wichtig der Europaunterricht an den Schulen in Niedersachsen ist.

Es sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das Zusammenleben mit Bürgern in der Europäischen Union so selbstverständlich wie keine andere Generation sehen. Umso mehr ist es wichtig, ihnen die Bedeutung Europas zu vermitteln. Es ist wichtig, ihnen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen in der EU nahezubringen. Man muss den jungen Menschen die Chancen und Möglichkeiten Europas nahebringen und sie in die Lage versetzen, diese sinnvoll für ihre Zukunft zu nutzen.

Genau an diese Stelle treten die Europaschulen. Allein in Niedersachsen haben wir 89 Europaschulen, die sich mit großem Engagement für die jungen Menschen in unserem Land einsetzen. Eine Europaschule ist vor allem durch ihren bilingualen Unterricht und ihr vielseitiges Fremdsprachenprofil geprägt. Dadurch wird den jungen Menschen die Hürde genommen, an einem Schüleraustausch oder einem Praktikum im EU-Ausland teilzunehmen.

Ich freue mich daher umso mehr, dass die Fraktionen der CDU, der FDP, der SPD und der Grünen gemeinsam die Leuchttürme unseres Landes qualitativ unterstützen. Durch die Gründung regionaler Bündnisse errichten wir ein entsprechendes Beratungsportal, um bei der Gründung weiterer Europaschulen zu helfen. Die Europaschule ist ein Qualitätsmerkmal der niedersächsischen Bildungslandschaft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Rickert. - Auf Sie hat sich von der CDU-Fraktion Herr Hogrefe zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Für anderthalb Minuten, bitte schön!

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Lieber Kollege Rickert, vielen Dank für diese Rede. Ich nutze das Instrument der Kurzintervention, um noch einmal auf das Thema Förderung zurückzukommen, weil mir Frau Ministerin Özkan eben gesagt hat, die Stiftung „Familie in Not“ fördert solche Auslandsreisen auf Antrag mit 120 Euro. Das ist doch schon ein ganz guter Anfang.

Also, liebe Opposition, wenn Sie gute Fragen haben, bekommen Sie auch gute Antworten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Hogrefe, eigentlich müsste ich Ihnen jetzt einen Ordnungsruf erteilen, denn Sie hatten das Wort zu einer Kurzintervention.

(Heinrich Aller [SPD]: Gute Idee! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich war eben bei der Kollegin Frau Zimmermann auch ganz human. Ich kann ja auch mal ermahnen. Herr Schminke, Sie habe ich auch schon mehrfach ermahnt. Wenn ich Ihnen jedes Mal einen Ordnungsruf gebe, sind Sie bald draußen. Also Vorsicht!

Herr Hogrefe, für das nächste Mal: Sie wissen, Sie sollten sich bei einer Kurzintervention auf den Redner oder die Rednerin, in diesem Fall auf Herrn Kollegen Rickert, beziehen. Ich finde es nur gut. Sie haben jetzt eine Information bekannt gegeben. Ich kann es im Vorfeld ja nicht ahnen.

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich jetzt Frau Flauger zu Wort gemeldet.

(Zuruf von Klaus Rickert [FDP])

Entschuldigung, Frau Flauger! - Herr Rickert, Sie haben recht. Sie könnten theoretisch sogar antworten. Wollen Sie auf Herrn Hogrefe antworten?

(Klaus Rickert [FDP]: Nein, praktisch nicht!)

- Danke schön. Das ist nett von Ihnen. Ich habe es mir doch gedacht. Das wäre auch unlogisch. - Frau Flauger!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die Europaschulen mit der schwerpunktmäßigen Befassung im Unterricht zum Thema Europa, mit ihrem zweisprachigen Unterricht, mit ihren ausführlichen Fremdsprachenprogrammen, mit Austauschprogrammen und mit Partnerschaften mit anderen Schulen in anderen europäischen Ländern tun, ist gut. Das ist zu begrüßen. Das trägt zur Völkerverständigung und zur Überwindung nationaler Grenzen bei. Dabei ist Sprache gar nicht zu unterschätzen, weil sie natürlich das Mittel zur Verständigung ist. Gerade auch den direkten Kontakt mit gleichaltrigen anderen jungen Menschen können wir gar nicht hoch genug werten. Das trägt zur Verständigung und zur Überwindung von Rassismus und anderen Vorurteilen bei.

Deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Wir werden ihm zustimmen. Aber eine Bemerkung will ich doch noch machen. Ich hätte mir einiges schon konkreter gewünscht. Es gab einen Vorentwurf, in dem z. B. stand, dass für die Europaschulen ein konkreter Haushaltstitel eingestellt werden soll. Das findet sich jetzt in der aktuellen Fassung nicht wieder. Ich finde das bedauerlich.

Herr Hogrefe, was Sie gerade angesprochen hatten, dass jetzt jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit bekommen soll, an einem Austausch teilzunehmen, findet sich auch nur wenig konkret im Antrag. Das hätte ich mir konkreter gewünscht. Nichtsdestoweniger sind es gute Zeichen, und wir stimmen an der Stelle zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Flauger. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit die Anträge in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 26 aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, am Ende der heutigen Tagesordnung - das war gestern schon angekündigt worden - nur noch

Tagesordnungspunkt 11 abzuarbeiten. Ins März-Plenum kommen dann die Tagesordnungspunkte 10 und 12. Das zu Ihrer Kenntnis.

Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Abschließende Beratung:

Klimaschutz in Niedersachsen voranbringen durch Einführung eines flächendeckenden, systematischen Stoffstrommanagements - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2402 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/4473

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

(Unruhe)

Ich eröffne die Beratung. Von der Fraktion DIE LINKE hat sich eine Person gemeldet, der ich auch das Wort erteile, wenn es gleich wieder ein bisschen ruhiger geworden ist. - Herr Herzog, Sie haben das Wort.

Kurt Herzog (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als kürzlich mit schwarz-gelb-geschwollener Brust die Ergebnisse der Regierungskommission Klimaschutz vorgestellt wurden, wurde eines deutlich: Da haben viele - auch Ehrenamtliche - zahlreiche Ideen eingebracht. Etliches davon war dem kreativen Praktiker nicht neu, was aber zeigt, wie wenig die Landesregierung bisher selbst auf den Weg gebracht hat. Was aber ganz fehlte, ist eine Strategie für einen regionsangepassten, sparsamen Umgang mit Ressourcen. An die Stelle des Mottos, „Energieträger mit viel Energie zu vernichten“, müssten synergieerzeugende Strukturen treten, ein Akteursmanagement; denn der Rohstoff des einen ist der Abfall des anderen, und umgekehrt.

Wir wollen ein Zusammenführen vieler Beteiligter aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Landwirtschaft etc., die durchaus wirtschaftlich denken sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein intelligentes, kreatives Management, das Stoffströme jedweder Art lenkt.

Meine Damen und Herren, ich hatte gehofft, dass die gewaltigen Potenziale, die in dieser Art des Voneinander-Profitierens liegen, auch Neoliberale überzeugen müssten. Ich hatte geglaubt, dass die